

# FDP legt sich beim FNP fest – mit brisanten Vorschlägen

 in-gl.de /2017/09/13/fdp-legt-sich-beim-fnp-fest-mit-weitreichenden-vorschlaegen/

FDP

# Freie Demokraten

Bergisch  
Gladbach **FDP**

**Politik soll Chancen für Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Das ist die Haltung der Freien Demokraten. Daraus ergibt sich für uns ganz klar: Wir brauchen auch in Bergisch Gladbach deutlich mehr Wohnflächen und mehr Gewerbeflächen.**

Wir sehen dies nicht als eine Bedrohung für die weitere Entwicklung unserer Stadt, sondern als eine Chance dafür, dass Bergisch Gladbach auch in der Zukunft eine lebenswerte Stadt für alle Generationen bleibt.

Es gibt in unserer Stadt offenkundig einen erheblichen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum. Der Siedlungsdruck ist enorm; die Bevölkerung wächst derzeit schneller, als alle Prognosen dies vorhergesehen hatten. Dass trotz einer immer dichteren Bebauung [in vielen Stadtteilen die Preise weiter rasant steigen](#), beweist ganz klar: Es gibt zu wenig Häuser und Wohnungen.

## **Wir brauchen weitere Wohnflächen**

Da hilft nur eins: Der Ausweis weiterer Wohnflächen. Alles, was das Bauen attraktiver macht, ist eine zusätzliche Hilfe (wie Bundesmittel an die Kommunen für den Wohnungsbau, steuerliche Anreize und eine Lockerung der Mietpreisbremse ).

Wenn wir auch jungen Familien künftig ermöglichen wollen, in Bergisch Gladbach zu leben, führt jedoch im Sinne der Generationengerechtigkeit an einer Ausweisung weiterer Wohnflächen kein Weg vorbei.

## **Wir brauchen Arbeits- und Ausbildungsplätze**

Eine lebenswerte Stadt braucht zukunftsfähige Arbeitsplätze, und sie braucht Ausbildungsplätze für die jungen Menschen. Wohnortnahe Arbeiten ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll, wenn man unnötige Verkehrsströme vermeiden will. Die Handwerker und Dienstleister in unserer Stadt brauchen für einen auskömmlichen Geschäftsbetrieb auch größere Gewerbekunden.

## **Wir brauchen höhere Steuereinnahmen**

Bergisch Gladbach braucht finanzielle Mittel, um die städtischen Gebäude zu sanieren (die Schulen und das Stadthaus sind bekannte Beispiele), um die Verkehrsinfrastruktur zu ertüchtigen und um die Einrichtungen zu

betreiben, die den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Lebensqualität wichtig sind (wie Schwimmbäder und Kulturstätten).

Dafür bedarf es einer stärkeren wirtschaftlichen Basis – und damit auch der steuerlichen Einnahmen, die direkt und indirekt durch ortsansässiges Gewerbe erzeugt werden.

### **Neuausweisungen auf Basis einer sorgfältigen Abwägung**

Auf diesen Einsichten basieren unsere Vorschläge für die Ausweisung von Gewerbe- und Siedlungsflächen, nachdem wir eine sorgfältige Abwägung getroffen haben; eine Abwägung mit einer Vielzahl ökologischer Gesichtspunkte und mit dem Ziel, den Charakter unserer Stadt „im Grünen“ zu bewahren.

Intensive Diskussionen mit den Bürgerinitiativen und gemeinsame Besichtigungen umstrittener Flächen sind dem vorausgegangen.

Der Flächennutzungsplan ist eine Option für die nächsten 30 Jahre – er ist der erste Schritt, bei dem festgelegt wird, welche Flächen potenziell für eine Bebauung geeignet sind. Das wurde den Bürgern in den letzten Monaten von vielen Seiten erklärt.

### **Wir müssen Vertrauen zurück gewinnen – durch klare Aussagen**

Viele Bürger erwarten schon jetzt, dass das Denkbare auch automatisch umgesetzt wird. Ob es so weit kommt, hängt jedoch davon ab, wie sich unsere Stadt weiterentwickelt. Vor dem zweiten Schritt, dem Aufstellen von Bebauungsplänen, sind zudem weitere Prüfungen zwingend vorgeschrieben.

Viele Bürger haben Vertrauen in Politik und Verwaltung verloren. Wir meinen: Vertrauen gewinnt man nicht durch beschönigende Umschreibungen, sondern durch klare Aussagen und den Mut zu Positionen, die der Gesamtverantwortung für unsere Stadt gerecht werden.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass ein Gebiet nur dann bebaut werden darf, wenn auch angemessene Verkehrsmöglichkeiten geschaffen werden; Schulen, Kindergärten und Einkaufsmöglichkeiten müssen mitgeplant werden. Ein neues Wohngebiet muss sich von vorneherein so entwickeln können, dass alles an Versorgung da ist, was die Bürger brauchen.

Nur unter dieser Voraussetzung werden wir einem späteren Bebauungsplan zustimmen. Ein solch angepasstes Konzept haben wir schon gefordert, als das sogenannte Mobilitätskonzept beschlossen wurde. Die FDP ist die einzige Fraktion, die dagegen gestimmt hat, weil es darin zu wenige infrastrukturelle Maßnahmen gibt.

### **Wir brauchen eine vorausschauende Planung für Kita und OGS**

Eine weitere Forderung, die für die Menschen enorm wichtig ist, haben wir auch schon wiederholt gestellt: Eine vorausschauende belastbare Planung dafür, wie viele Betreuungsplätze für KiTas und Offene Ganztagsschulen nötig sind. Dass das endlich bezogen auf die einzelnen Stadtteile passieren muss, und zwar für alle Formen der Infrastruktur, darüber war man sich kürzlich im Planungsausschuss einig.

### **Wir brauchen eine Verbindung der Stadtteile**

Der Verkehr und das Leben von morgen werden anders aussehen als heute – das ist unbestritten. Elektro-Mobilität, vernetztes Fahren, Vernetzung aller Verkehrsträger sind nur einige der Neuerungen, die sich bereits jetzt ankündigen. WIE der Verkehr von morgen im Detail aussehen wird, können wir heute nur ahnen und daher nur bedingt planen. Aber das, was sich jetzt schon absehen lässt, sollten wir so schnell wie möglich anpacken.

Wir sehen Verkehr nicht nur als Problem, sondern auch als ein verbindendes Element: Ein Blick von oben zeigt uns, dass wir (mindestens) zwei getrennte Stadtgebiete Bergisch Gladbach im Norden und Refrath/Bensberg/Moitzfeld

im Süden haben. Diese sind mit Schienenverkehrsmitteln jeweils mit Köln verbunden, aber nicht miteinander.

Um eine einfachere Verbindung herzustellen, sehen wir in einer Schienenverkehrsverbindung der beiden Zentren über die Bahndammtrasse eine geeignete Lösung. Das würde zudem die Einkaufszentren besser vernetzen und für die Kunden attraktiver machen. Für diesen Vorschlag beantragen wir eine Prüfung.

### **Wir brauchen ein Verkehrskonzept für Schildgen – und einen Zubringer nach Merheim**

Seit einiger Zeit fordern wir ein Verkehrskonzept für Schildgen und bekanntlich die Autobahn-Anbindung der Stadtmitte an das Merheimer Kreuz. Auch dafür liegen Anträge und die Unterstützung von Seiten der Bürger vor.

Zur Verbesserung des Straßenverkehrs setzen wir außerdem auf die Entschärfung neuralgischer Punkte (der „Turbo-Kreisel“ ist dafür ein gelungenes Beispiel).

### **Der Zuzugsdruck verändert die Stadt**

Wir werden weiterhin einen erheblichen Zuzugsdruck haben. Denn: Wir haben in unserem Land das Grundrecht auf Freizügigkeit, die Menschen können selber entscheiden, wo sie leben wollen. Dass viele gerade junge Menschen das gerne in Bergisch Gladbach tun würden, ist ein positives Zeichen für unsere Stadt. Wir sind Teil einer Metropol-Region, und wir leben hier sehr gut mit den damit verbundenen Vorteilen.

Dass Teile der Stadt ihren ländlichen Charakter über die kommenden Jahrzehnte hinweg verändern werden, ist die Fortsetzung dessen, was viele Menschen im Einzugsgebiet großer Städte schon lange kennen und durchaus auch schätzen – und es ist eine Fortsetzung der Entwicklung, wie sie die Gladbacher in ihrer eigenen Heimatstadt schon in den letzten Jahrzehnten erlebt haben.

Wir können und wollen „die Zugbrücken nicht hochziehen“, sondern wir wollen eine zukunfts offene und konstruktive Politik machen. Unsere Vision von dem Bergisch Gladbach von morgen ist die einer wachsenden prosperierenden Stadt, die zunehmend eine gemeinsame Identifikation entwickelt. Wichtig ist uns, dass bei aller Dynamik der Charakter unserer Stadt erhalten bleibt.

Konkret haben wir für die gemeinsame **Sitzung der Ausschüsse FNP und SPLA am 26. September 2017 die folgenden Anträge** formuliert:

#### **1) GEWERBEFLÄCHEN**

##### **1.1. G-Bo3a: Südlicher Bockenberg II** (südlich der Autobahnabfahrt Moitzfeld)

Die FDP beantragt die Wiederaufnahme der 3 ha großen Gewerbefläche entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans.

##### Begründung:

Die Fläche ist äußerst günstig zur Autobahn gelegen.

##### **1.2. G-Mo8: Voislöhe Ost**

Die FDP folgt der Verwaltung, beantragt aber die Teilfläche, die deckungsgleich ist mit dem „alten“, in 2014 diskutierten Gebiet Voislöhe Ost (nordwestliches Trapez in der Flächenzeichnung) zu streichen. Dadurch verringert sich die ausgewiesene Fläche um ca. 2 ha.

##### Begründung:

Die zu streichende Fläche liegt auf einer Kuppe. Gewerbebauten würden das Landschaftsbild erheblich stören. Im südlichen Bereich können sich Gewerbebauten der Landschaft anpassen. Dank dieser Verschiebung kann die FDP

der Flächenausweisung nun zustimmen.

### **1.3. G-Fr1b: Rennweg**

Die FDP beantragt die Wiederaufnahme der 1,5 ha großen Gewerbefläche entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans.

#### Begründung:

Die Fläche ist äußerst günstig zur Autobahn gelegen.

### **Für ein Gewerbegebiet Brüderstraße**

Im Übrigen unterstützt die FDP alle Vorschläge der Verwaltung, die im 2. Vorentwurf ausgewiesen sind.

Das gilt auch für die Planungen zum Gewerbegebiet Brüderstraße. – Wir unterstützen sie trotz einiger nachvollziehbarer Bedenken der Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Bereich leben.

Dieses Gebiet erfüllt die Voraussetzung einer optimalen Verkehrsanbindung. Gerade angesichts des bevorstehenden Autobahnausbaus bieten Gebäude einen besseren Lärmschutz als Bäume. Die bisherige Straße wird zu einer Anliegerstraße verkehrsberuhigt; ein breiter Baumstreifen bleibt erhalten.

Die FDP fordert, in einen künftigen Bebauungsplan einen direkten Rad-/Fußweg in den Königsforst zu integrieren

## **2. SIEDLUNGSFLÄCHEN**

### **2.1. He6: Am Mutzer Feld**

Die FDP folgt dem Vorschlag der Verwaltung, beantragt aber die Ausweitung der Fläche entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans und damit Vergrößerung der Siedlungsfläche von 1,3 ha auf 13 ha.

#### Begründung:

Die Begründung der Verwaltung für die Reduzierung der Fläche ist nicht nachvollziehbar. Das Gebiet ist grundsätzlich für Wohnbebauung geeignet. Ein landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetrieb sollte die langfristige optionale Flächenplanung nicht beeinträchtigen. Es kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der Betrieb in 30 Jahren noch fortbesteht.

### **2.2. He7: Alte Wipperführter Straße**

Die FDP folgt dem Vorschlag der Verwaltung, beantragt aber die Ausweitung der Flächen entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans. Dies führt zu einer Vergrößerung der Siedlungsfläche von 4,8 ha auf 7 ha.

#### Begründung:

Das Gebiet ist grundsätzlich für Wohnbebauung geeignet. Die Einschränkungen der Verwaltung im zweiten Vorentwurf des Flächennutzungsplans sind für die FDP nicht nachvollziehbar.

### **2.3. He12: Schützenberg**

Die FDP folgt dem Vorschlag der Verwaltung, beantragt aber die Ausweitung der Flächen entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans. Dies führt zu einer Vergrößerung der Siedlungsfläche von 7,5 ha auf 9,0 ha.

#### Begründung:

Wir können der Argumentation der Verwaltung nicht folgen. Das Gebiet ist grundsätzlich für Wohnbebauung

geeignet. Auch hier können wir den Vorrang des landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebs für die langfristige Planung aus dem eben genannten Grund nicht teilen.

#### **2.4. Hr1b: Kierdorf**

Die Siedlungsfläche soll ganz aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen werden.

##### Begründung:

Zu geringe Größe.

#### **2.5. St14: Rommerscheid**

Wiederaufnahme der 1 ha großen Siedlungsfläche entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans.

##### Begründung:

Wir sehen keinen Grund, diese Fläche nicht aufzunehmen. Sie stellt die Erweiterung einer bestehenden Siedlungsfläche dar. Durch die geringe Größe gibt es keine nennenswerte Mehrbelastung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur.

#### **2.6. AR2a: Simonswiese**

Wiederaufnahme der 2,0 ha großen Siedlungsfläche entsprechend dem alten Flächennutzungsplans.

##### Begründung:

Die Fläche im derzeit gültigen Flächennutzungsplan enthalten, sie ist für Wohnbebauung geeignet und eine adäquate Verkehrsanbindung ist möglich.

#### **2.7. Be7b: Stadtgarten Bensberg**

Eingeschränkte Rückkehr zum ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans und Aufnahme von 1 ha Siedlungsfläche in der Verlängerung der Straße Klausenberg.

##### Begründung:

Nur ein Teilbereich des Bensberger Stadtparks ist ein Biotop. Im nordwestlichen Teilbereich ist Wohnbebauung im Anschluss an die bestehende Wohnbebauung realisierbar.

#### **2.8. RO5a: Romaney**

Die FDP stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, beantragt aber die Ausweitung der Siedlungsfläche entsprechend dem ersten Vorentwurf des Flächennutzungsplans. Dies führt zu einer Vergrößerung der Wohnfläche von 1,8 ha auf 6 ha.

##### Begründung:

Die Begründung der Verwaltung hinsichtlich der Streichung aus dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans ist nicht nachvollziehbar.

**Im Übrigen unterstützt die FDP die im 2. Vorentwurf der Verwaltung ausgewiesenen Siedlungsflächen – mit einer immer noch ca. 40 %igen, aber doch etwas geringeren Reduzierung im Vergleich zum ersten Entwurf.**

### **3. BÜRGERANTRÄGE**

### **3.1. Antrag 11-2: Erweiterung des Sondergebiets hinter dem ALDI-Markt in Schildgen**

Die FDP folgt dem Bürgerantrag.

#### Begründung:

Die FDP unterstützt die Erweiterung der Nahversorgung in Schildgen. Supermärkte benötigen heutzutage eine deutlich größere Fläche, um wirtschaftlich betrieben werden zu können.

### **3.2. Antrag 65-1/65-2: Zusätzliche Wohnbaufläche Nähe Lustheide in Refrath**

Die FDP folgt dem Bürgerantrag.

#### Begründung:

Die FDP unterstützt die Ausweitung der Wohnbebauung im Anschluss an die bereits bestehende.

### **3.3. Antrag 55-3/55-4/55-5: Grube Weiß als Wohnbaufläche**

Die FDP Fraktion beantragt, die Flächen mit bestehender Bebauung als Wohnbauflächen auszuweisen und perspektivisch eine mögliche Arrondierung zu überprüfen.

#### Begründung:

Die FDP setzt sich für den Erhalt von Eigentumsrechten ein. Werden die bereits bebauten Flächen nicht als Siedlungsflächen ausgewiesen, bedeutet das erhebliche Nachteile für die Eigentümer.

### **3.4. Wohnbebauung Sand/ Häuser Dombach:**

Die FDP folgt der Verwaltung und stimmt dem Bürgerantrag zu.

Bei allen anderen Bürgeranträgen folgen wir den Empfehlungen der Verwaltung.

## **4. STADTENTWICKLUNG**

Unter der Vision „Zusammenwachsen der Stadtteile und des Umlandes“ beantragt die FDP die Weiterentwicklung des Leitbildes für die Stadt Bergisch Gladbach über die im jetzigen Vorentwurf des FNP angeführten Ziele und Rahmenbedingungen hinaus. Die Leitbildentwicklung soll ein dynamischer Prozess werden, um eine Vision für die Stadt zu schaffen, die von einem breiten Konsens getragen wird.

## **5. VERKEHRSKONZEPT**

Die FDP beantragt die Ausarbeitung eines integrierten, ganzheitlichen Verkehrskonzepts, das den neuen Umständen eines geänderten Flächennutzungsplans Rechnung trägt und das an neue Formen der Mobilität angepasst ist. In den nächsten 10 bis 20 Jahren wird sich unsere Mobilität grundlegend verändern.

#### Begründung:

Der stark steigende Anteil der Elektromobilität, autonomes und vernetztes Fahren sowie Car Sharing werden für einen Wandel der Verkehrsströmungen sorgen. Die zunehmende Digitalisierung wird die Arbeitswelt nachhaltig verändern. – Im Jahr 2016 wurde ein Mobilitätskonzept entwickelt und verabschiedet, das die genannten Aspekte nicht berücksichtigt und somit unzureichend ist; es beinhaltet zu wenig infrastrukturelle Maßnahmen. Ohne die Ausarbeitung eines neuen, umfassenden Verkehrskonzepts dürfen keine Bebauungsplanungen für im neuen Flächennutzungsplan ausgewiesene Siedlungs- und Gewerbeflächen vorgenommen werden.

Die FDP beantragt konkret, folgende **Maßnahmen** in das **neue Verkehrskonzept** aufzunehmen:

- Ausbau der Straßenbahnlinie 1 bis Herkenrath
- Ausbau der Straßenbahnlinie 4 bis Schildgen
- Ausbau der Straßenbahnlinie 18 bis zum Refrather Weg
- Schienen-Verkehrsverbindung der Stadtteile Bensberg und Bergisch Gladbach-Mitte über den Bahndamm
- Autobahnzubringer von der Innenstadt zum Merheimer Kreuz gemäß Antrag der FDP vom Juli 2015
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur an neuralgischen Punkten analog zum „Turbokreisel“, Abbiegespuren, bedarfsorientierte Ampelsteuerungen, beispielsweise durch Kreisverkehre an den Kreuzungen Kölner Straße/Buddestraße und Odenthaler Straße/Alte Wipperfürther Straße
- Ausarbeitung eines Verkehrskonzept für Schildgen mit Neugestaltung der Altenberger-Dom-Straße, insbesondere der Kreuzungsbereiche mit der Leverkusener Straße und der Odenthaler Straße

## 6. WEITERE INFRASTRUKTUR

Die FDP beantragt, geeignete Systeme zu etablieren, um belastbare Prognosen der Bedarfe für Infrastruktureinrichtungen treffen zu können. Dies gilt insbesondere für Kindergärten, Grundschulen (inkl. OGS Plätzen), weiterführenden Schulen und Einrichtungen für die Nahversorgung, und zwar Stadtteil-bezogen. Diese Bedarfe müssen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen frühzeitig berücksichtigt werden.

### Begründung:

Die derzeit genutzten Prognosen sind zu ungenau, zu statisch und nicht aufeinander abgestimmt. Sie berücksichtigen zu wenig die Veränderungen in der Art und Weise, wie die Menschen leben und arbeiten wollen. Nur durch eine vorrausschauende Planung lässt sich frühzeitig sicherstellen, dass zu jeder Zeit ausreichend Kindergärten, Grundschulen und Einrichtungen der Nahversorgung vorhanden sind – und dass sie schnell und auch fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. Dies vermeidet überflüssige Verkehrsströme und steigert die Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt.

**So positionieren sich die anderen Fraktionen:**

| „Keine Flächenausweisung ohne Verkehrslösung“